

Städtebauliche und verkehrliche Machbarkeitsstudie Am Karower Kreuz

Öffentliche Ausschreibung für freiberufliche Leistungen nach der
Unterschwelvenvergabeordnung (UVgO)

LEISTUNGSBESCHREIBUNG UND VERFAHRENSHINWEISE

März 2026

Vergabenummer	IIW-04-PKS-004_LHO_OE
Ausschreibende Stelle	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Abteilung II Städtebau und Projekte Referat II W Wohnungsbauprojekte - äußere Stadt Württembergische Straße 6, 10707 Berlin

1. AUSGANGSLAGE

1.1 Anlass und Ziel

Im Berliner Nordosten sollen im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts i2030 der Länder Berlin und Brandenburg, des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg und der DB InfraGo entlang der zukünftigen Nahverkehrstangente Nord u.a. die neuen Haltepunkte Sellheimbrücke, Karower Kreuz und Bucher Straße entstehen, die sowohl für die Aktivierung großflächiger Wohnungsbau- und Gewerbeflächenpotenziale eine zentrale Rolle spielen als auch die Anbindung der bestehenden Quartiere in die Innenstadt und ans Umland erheblich verbessern.

Mit dem geplanten Bau des Turmbahnhofs Karower Kreuz als Regional- und S-Bahnhof bietet sich die Chance, die die direkt angrenzenden Flächenpotenziale städtebaulich zu entwickeln sowie die bisher durch Barrieren und Zäsuren voneinander getrennten Ortsteile Karow, Blankenburg und Französisch-Buchholz miteinander zu verknüpfen.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt, des angespannten Wohnungsmarkts in Berlin und der Zielsetzung einer gemischt genutzt Stadt im Sinne der Stadt der kurzen Wege sollen zusätzliche Wohnungsbaupotenziale auf im FNP dargestellten Bauflächen, darunter auch gewerbliche Bauflächen, im Umfeld des Karower Kreuzes identifiziert und aktiviert werden.

Ziel ist es, die Erschließung der Potenzialflächen rund um den geplanten Turmbahnhof Karower Kreuz und Bahnhof Sellheimbrücke zu sichern und die Bahnhöfe in den städtebaulichen Kontext einzubinden. Ein funktionierendes Erschließungskonzept ist Grundvoraussetzung für eine schrittweise bauliche Entwicklung der angrenzenden Flächen. Der Fokus liegt auf einer tragfähigen verkehrlichen Anbindung der umliegenden Quartiere an den Turmbahnhof, damit dieser nicht nur Umsteigebahnhof in Insellage ist, sondern als Ankerpunkt einer nachhaltigen Mobilität für die angrenzenden Siedlungsräume dient.

Die öffentliche Ausschreibung nach UVgO richtet sich an Teams aus den Fachrichtungen Stadtplanung / Städtebau und Verkehrsplanung (zwingend).

2. AUFGABENSTELLUNG / LEISTUNGSBESCHREIBUNG

Für die Flächen rund um das Karower Kreuz soll unter Berücksichtigung vorhandener (teil-)räumlicher Planungen und Konzepte eine verkehrliche und städtebauliche Machbarkeitsstudie erstellt werden.

2.1 Zentrale Fragestellungen

- Wie kann die bestehende unzureichende (MIV-)Erschließung verbessert werden, um eine Erschließung der Bebauungspotenziale zu gewährleisten?
- Welche Maßnahmen werden benötigt, um die bestehenden und zukünftigen Quartiere an den Turmbahnhof anzubinden? Wie und wo können Barrieren über Eisenbahn-

/Straßenüber- und unterquerungen räumlich überwunden und die fragmentarischen Räume miteinander verbunden werden?

- Wie viele Wohneinheiten und Arbeitsplätze können überschlägig vor dem Hintergrund der zukünftig attraktiven Anbindung an den SPNV und weiterer verkehrlicher Maßnahmen in verschiedenen Varianten entstehen?

2.2. Leistungsstufen

Der AN ist aufgefordert, im Angebot einen Vorschlag zum Arbeitsprozess und der Aufbereitung der Ergebnisse zu beschreiben. Im Detail sind folgende Leistungen anzubieten:

Stufe 1: Grundlagenermittlung und Analyse

Zur gemeinsamen Verständigung bezüglich der Aufgaben- und Zielstellung der Machbarkeitsstudie ist ein Auftakttermin (Dauer: ca. 2 Stunden) vorgesehen. In diesem Termin wird der AG den AN grundlegende Informationen, vorhandene teilträumliche Planungen und Konzepte zum Plangebiet mitteilen. Im Rahmen der Aufgabenstellung des European-Wettbewerbs E17 wurden bereits erste Ideen zur Anbindung an den Turmbahnhof Karower Kreuz seitens SenMVKU entwickelt, mit der Machbarkeitsstudie Treseburger Straße, den Ergebnissen des European-Wettbewerbs E17 und ihrer Weiterentwicklung und dem Rahmenplan Blankenburg liegen bereits städtebauliche (Test-)Entwürfe vor, die angepasst, konkretisiert und weiterentwickelt werden sollen.

In der ersten Leistungsstufe sollen Grundlagen ermittelt und eine Bestandsanalyse durchgeführt werden, wobei folgende Inhalte zu erfassen sind:

- Analyse der verkehrlichen und städtebaulichen Rahmenbedingungen
- Sichtung und Auswertung bisheriger Planungen und Konzepte (BA Pankow und SenStadt)
- Zusammenfassung Analyseergebnisse / Rahmenbedingungen / Restriktionen

Auf Basis der Grundlagenermittlung und Analyse sollen die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen für die Entwicklung dargestellt werden. Die Ergebnisse der Grundlagenermittlung und Analyse sollen im Rahmen einer Zwischenpräsentation vorgestellt und diskutiert werden (Dauer: ca. 2 Stunden). Protokollierung sowie Vor- und Nachbereitung des Termins liegen beim AN.

Stufe 2: Variantenentwicklung

Auf Grundlage der Stufe 1 sollen zunächst skizzenhaft verschiedene Erschließungsvarianten aufgezeigt werden unter Berücksichtigung der Anbindung an das Bestandsnetz und übergeordnete Hauptverkehrsstraßen sowie der Planungen der NVT Nord und des Turmbahnhofs Karower Kreuz. Diese sind hinsichtlich ihrer Machbarkeit und Umsetzungsfähigkeit einzuschätzen. Darauf aufbauend sollen zwei städtebaulich-verkehrsplanerische Varianten erarbeitet werden.

- Aufzeigen von Erschließungsvarianten unter Berücksichtigung der Anbindungen an das Bestandsnetz im Untersuchungsraum (skizzenhaft) inkl. Bewertung der Machbarkeit
- Erarbeitung von zwei städtebaulich-verkehrsplanerischen Varianten (Erschließung MIV, ÖPNV, Rad, Fuß, Baufelder, Dichte (BGF / GFZ)) auf Grundlage der vorgegebenen

Entwicklungsziele für das Planungsgebiet in geeignetem Maßstab, eine flächenhafte Darstellung auf Baufeldebene ist bei der Variantenerstellung ausreichend

- unter Berücksichtigung der teilräumlichen Planungen (u.a. Rahmenplan Blankenburg)
- unter Berücksichtigung der Eigentumsgrenzen
- unter Berücksichtigung der erforderlichen Folgeinfrastruktur (sozial / grün/ blau-grün) in Abhängigkeit der Anzahl der Wohneinheiten
- überschlägige Verkehrsaufkommensermittlung
- überschlägige Bewertung der Varianten insbesondere hinsichtlich ihres Erschließungsaufwands und Umsetzungsfähigkeit

Die Ergebnisse der Variantenentwicklung sollen im Rahmen einer Zwischenpräsentation vorgestellt und diskutiert werden (Dauer: 2 Stunden). Protokollierung sowie Vor- und Nachbereitung des Termins liegen beim AG. Seitens der Akteur:innen gewünschte Anpassungen an den Varianten sind Teil der Nachbereitung des Termins. Ziel dieses Termins ist die Verständigung auf eine Vorzugsvariante. Die Vorzugsvariante kann Elemente aus verschiedenen vorgestellten Varianten enthalten.

Stufe 3: Ausarbeitung Vorzugsvariante

Die abgestimmte Vorzugsvariante ist für die Teilbereiche zu vertiefen. Diese soll Folgendes beinhalten und berücksichtigen:

- städtebaulicher Testentwurf der Vorzugsvariante und Ausarbeitung der Erschließung in geeignetem Maßstab in Abstimmung mit der AG (vgl. M 1:2500) inkl. Volumendarstellung
 - für das Teilgebiet West
 - für das Teilgebiet Süd: hier ist vor allem der im Rahmenplan Blankenburg erarbeitete Testentwurf hinsichtlich der Gebäudetypologien vor dem Hintergrund des Lärmschutzes sowie die Erschließung weiterzuentwickeln
 - zwei vertiefende Darstellungen von Erschließungslösungen (z.B. Anbindung an den Turmbahnhof / Über/- Unterführung mittels Rampen für Rad und Fußverkehr unter Berücksichtigung der Barrierefreiheit)
- überschlägige Verkehrsaufkommensermittlung und Stellplatznachfrage
- Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Erschließungslösung mit vorgeschlagenen (Ausbau-)Maßnahmen
- Maßnahmen- / Umsetzungskonzept (tabellarische und planerische Darstellung) inkl. Phasierung
- überschlägige Kostenschätzung der Erschließungsmaßnahmen

Die ausgearbeitete Vorzugsvariante soll im Rahmen einer Abschlusspräsentation vorgestellt und diskutiert werden (Dauer: 2 Stunden). Protokollierung sowie Vor- und Nachbereitung des Termins liegen beim AN.

Stufe 4: Abschlussbericht

Der Entwurf der Vorzugsvariante soll im Anschluss der Abschlusspräsentation an den AG übermittelt werden. Die Anmerkungen aus dem Termin sowie ggf. weitere schriftliche Anmerkungen, die dem AN innerhalb einer Frist zugehen, sind in der Vorzugsvariante zu berücksichtigen und diese zu finalisieren.

Sämtliche Erkenntnisse aus den Leistungsstufen sollen gemeinsam mit der Vorzugsvariante in einem Abschlussbericht dokumentiert werden. Der Abschlussbericht ist im Entwurf an den AG und die relevanten Akteur:innen für eine Korrekturschleife zu übergeben. Die Leistungserbringung endet mit der Übersendung des finalen Abschlussberichtes.

- Finalisierung der Vorzugsvariante
- Erstellung Abschlussbericht

Grundsätzliche Hinweise zur verkehrlichen Bewertung

Für die Verkehrsbewertung insbesondere des MIV sind Annahmen zu treffen. Für das kleinteilige Bestandsnetz liegen keine Verkehrszählungen vor. Eine Beauftragung von Verkehrszählungen ist im Rahmen dieser Studie nicht beabsichtigt. Es sind Vergleichs-/Erfahrungswerte bzw. nachvollziehbare Annahmen (z.B. auf Grundlage der Einwohnerzahl im Gebiet) zu treffen.

Das Verkehrsaufkommen in den Varianten ist überschlägig zu ermitteln. Es sind übliche Kennziffern für die grobe Nutzungsverteilung (z.B. nach Bosserhoff) zu verwenden. Die verkehrliche Machbarkeit und Leistungsfähigkeit sind dabei nach Erfahrungswerten und nach einschlägigen Regelwerken wie z.B. die RaSt 06 einzuschätzen. Die Machbarkeitsstudie entspricht nicht einer detaillierten Verkehrsuntersuchung wie in Bebauungsplänen erforderlich, sondern dient der Annäherung zur Umsetzbarkeit. Es sind die Rahmenbedingungen außerhalb und innerhalb des Planungsgebiets zur Sicherung der Erschließung der Potenzialflächen und des Turmbahnhofs Karower Kreuz zu definieren.

Eine Leistungsfähigkeitsberechnung von bis zu drei Knotenpunkten ist als optionaler Leistungsbaustein anzubieten.

Die Erschließung ist in der Variantenerstellung und vor allem in der Ausarbeitung der Vorzugsvariante durch funktionierende Flächeninanspruchnahmen von Straßen und Wegen unter Berücksichtigung von Straßenbreiten sowie Rampenlängen bei Über- und Unterführungen, auch hinsichtlich der Barrierefreiheit, darzustellen.

Im Rahmen der Vorplanung der Nahverkehrstangente Nord wird seitens der DB InfraGo eine Machbarkeitsstudie zum Turmbahnhof Karower Kreuz erstellt. Hier sollen neben der konkreten Erschließung der Bahnsteige als Fokus auch die Quartiersanbindungen über die Gleiskurven mitgedacht werden. Derzeit liegt jedoch noch keine Zeitplanung vor, wann erste (Zwischen-) Ergebnisse der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen vor. Ggf. sind diese Erkenntnisse in der Bearbeitung zu berücksichtigen. Der Fokus dieser Machbarkeitsstudie liegt auf der optimalen Anbindung aus Sicht der städtebaulichen Entwicklung im Umfeld, die in die

Planungen der DB InfraGo einfließen sollen. Eine Abstimmung mit der DB InfraGo erfolgt über die Senatsverwaltung (AG Karower Kreuz).

3. FORMALE ANFORDERUNGEN

3.1. Art der Vergabe

Die Ausschreibung der freiberuflichen Leistungen erfolgt als öffentliche Ausschreibung §§ 7 (UVgO) und 55 LHO i.V.m. § 50 UVgO. Mit der Teilnahme am Verfahren erkennen die Bewerbenden die nachfolgend beschriebenen Regularien an. Verfahrenssprache ist deutsch.

3.2. Termine und Fristen

Für das Angebotsverfahren gelten die folgenden Termine und Fristen:

Absendung der Bekanntmachung	17.03.2026
Frist zur Einreichung von Fragen zum Verfahren	06.04.2026, 12 Uhr
Angebotsfrist	10.04.2026, 10 Uhr
Zuschlags- und Bindefrist	24.04.2026

3.3. Losvergabe

Eine Teilung dieser Vergabe in Lose ist nicht vorgesehen.

3.4. Haupt- und Nebenangebote

Die Abgabe von mehreren Hauptangeboten ist nicht zugelassen. Nebenangebote sind nicht zugelassen.

3.5. Leistungszeitraum

Mit der Leistung ist sofort nach Auftragsvergabe zu beginnen und bis Mitte August 2026 abzuschließen.

3.6. Abgabemodalitäten

Zur Angebotsabgabe ist eine kostenfreie Registrierung als Firma auf der Vergabeplattform Berlin erforderlich: <https://www.berlin.de/vergabeplattform/veroeffentlichungen/registrierung-firma/>

Die Angebote sind vor Ablauf der entsprechenden Fristen (siehe Kapitel 3.1) ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform Berlin einzureichen:

<https://www.berlin.de/vergabeplattform/>

Das Ausschreibungsverfahren wird elektronisch durchgeführt. Angebote, die nicht über die Vergabeplattform Berlin eingereicht wurden, werden ausgeschlossen. Hinweise zur elektronischen Übermittlung des Angebots über die Vergabeplattform Berlin sowie die Kontaktdaten zum technischen Support finden Sie im Dokument „Teilnahmebedingungen bei elektronischen Vergabeverfahren über die Vergabeplattform (Wirt-2121)“.

Auskünfte erteilt die Kontaktstelle. Alle Fragen, die mit der Ausschreibung im Zusammenhang stehen, sind über die Vergabeplattform an die auftragserteilende Stelle zu richten. Dies betrifft

auch nach Auffassung der Bewerbenden enthaltene Unklarheiten in den Vergabeunterlagen.
Fragen können bis zum durch die auftragserteilende Stelle bestimmten Termin gestellt werden, um die Beantwortung in ausreichendem Abstand zur Teilnahmefrist sicherzustellen (siehe Kapitel 3.1).

Die Verfahrenssprache ist Deutsch.

3.7. Ausschreibende Stelle (Auftraggeberin)

Auftraggeberin und ausschreibende Stelle ist:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Abteilung II Städtebau und Projekte

Referat II W Wohnungsbauprojekte – äußere Stadt

Württembergische Straße 6, 10707 Berlin

3.8. Kontaktdaten

Das bietende Unternehmen hat zu gewährleisten, dass die im Angebot angegebenen Kontaktdaten aktuell und fehlerfrei sind. Eine Ansprechperson ist in jedem Fall mit Kontaktdaten (Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) während des gesamten Ausschreibungsverfahrens zu benennen. Unrichtigkeiten gehen zu Lasten des bietenden Unternehmens.

3.9. Zuschlags- und Bindefrist

Die Gültigkeit des Angebots (Bindefrist) erstreckt sich bis zur durch die auftragserteilende Stelle bestimmten Bindefrist (siehe 3.1) Zur Öffnung sind Bieter nicht zugelassen.

3.10. Geforderte und zur Verfügung gestellte Unterlagen

Geforderte und zur Verfügung gestellte Unterlagen	
Wirt-213 – Angebotsschreiben	auszufüllen und mit Angebot einzureichen
Angebot mit Leistungsbausteinen und kurze Erläuterung zum Aufgabenverständnis, Herangehensweise und Zeitplanung, Referenzen	vom Bieter zu entwickeln und mit Angebot einzureichen
Gesamtkalkulation	auszufüllen und mit Angebot einzureichen
IV_124F Eigenerklärung zur Eignung	auszufüllen und mit Angebot einzureichen
IV_125F Unteraufträge, Eignungsleihe	Bei Bedarf auszufüllen und mit Angebot einzureichen
IV_126F Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer	Bei Bedarf auszufüllen und mit Angebot einzureichen
IV_128F Erklärung der Bieter-/Bewerbergemeinschaft	Bei Bedarf auszufüllen und mit Angebot einzureichen
IV_212 Teilnahmebedingungen für die Vergabe von freiberuflichen Dienstleistungen	Information, verbleibt bei Bietenden
IV_2111F Aufforderung zur Abgabe eines Angebots (nur elektronisch)	Information, verbleibt bei Bietenden

IV_2121 Teilnahmebedingungen bei elektronischen Vergabeverfahren über die Vergabeplattform	Information, verbleibt bei Bietenden
IV_4020F BVB zum Mindeststundenentgelt und zur Tariffreue (Teil A)	Information, verbleibt bei Bietenden
IV_4021F BVB zur Frauenförderung (Teil A)	auszufüllen und mit Angebot einzureichen
IV_4023F BVB zur Verhinderung von Benachteiligungen (Teil A)	Information, verbleibt bei Bietenden
IV_4024F BVB über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)	Information, verbleibt bei Bietenden
Wirt-124-1 Hinweise zur Einhaltung restriktiver Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren	Information, verbleibt bei Bietenden
Wirt-3293 Angaben für die Abfrage beim Wettbewerbsregister	auszufüllen und mit Angebot einzureichen
Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren (Art. 13 DSGVO)	zu beachten
Allgemeine Vertragsbestimmungen für Verträge des Referates II W über freiberufliche Leistungen, die keinen Baubezug haben (AVB II W)	zu beachten

3.11. Unklarheiten und Rückfragen

Vergabeunterlagen, die nach Ansicht der Bewerbenden Unklarheiten, Fehler oder Verstöße gegen Vergabevorschriften sowie auch unvollständige Dokumente beinhalten, sind unverzüglich der Vergabestelle vor Einreichungsfrist mitzuteilen. Rückfragen zum Verfahren sind ausschließlich auf dem elektronischen Wege über die Vergabeplattform Berlin bis zur Frist zu stellen.

3.12. Befähigung zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Für die Vergabe der Leistungen kommen nur Unternehmen in Betracht, die fachkundig und leistungsfähig sind. Für die wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen sind entsprechende Nachweise einzureichen und zu erläutern. Die folgenden Anforderungen an die Eignung sind darzulegen. Die Ausschreibung richtet sich an Bietende mit Expertisen im Bereich Stadtplanung / Städtebau und Verkehrsplanung.

Befähigung zur Berufsausübung

Im Bewerberbogen sind folgende Angaben und Erklärungen zur Berufsausübung zu tätigen:

- Unternehmensdarstellung mit Angaben zu rechtlichen und wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen
- Angaben zur Zusammenarbeit mit anderen in auf den Auftrag bezogener relevanter Weise (Unterauftragnehmer, Bietergemeinschaft, Eignungsleihe)
- Eigenerklärung zur Eignung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB und § 124 GWB vorliegen (IV_124F)
- Nachweis zur Befähigung zur Berufsausübung (Kammereintrag)

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Im Angebot sind folgende Angaben und Erklärungen zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zu tätigen:

- Erklärung über den Netto-Gesamtumsatz und den Umsatz mit vergleichbaren Leistungen in Euro der letzten drei Geschäftsjahre (2023, 2024, 2025, wenn für 2025 noch nicht vorhanden, gilt der Nachweis auch für 2022, 2023, 2024). Der Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre muss mindestens 100.000 € netto pro Jahr betragen.
- Erklärung, dass im Auftragsfall für die vertragliche Leistung eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung vorgehalten wird. Die Deckungssummen je Versicherungsfall müssen mindestens 1.500.000 € für Personenschäden und mindestens 250.000 € für Vermögensschäden betragen. Ein Nachweis über die bestehende Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung ist von dem Bieter, der den Zuschlag erhält, unverzüglich nach Zuschlagserteilung vorzulegen. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Nachweis vom federführenden Büro zu erbringen.

3.13 Angebotsfrist und Form der Angebote

Das gesamte Ausschreibungsverfahren wird elektronisch durchgeführt. Das Angebot ist elektronisch über die Vergabepattform Berlin einzureichen. Die mit Abgabe des Angebots einzureichenden Unterlagen und Dokumente sind der Tabelle im Kapitel 3.9. zu entnehmen.

Die abgegebenen Angebote können bis zum Ablauf der Angebotsfrist zurückgezogen werden. Korrekturen und Änderungen sind ebenfalls nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig und sind ebenfalls über die Vergabepattform Berlin elektronisch einzureichen.

Ein schriftlich eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen. Hinweise zur elektronischen Übermittlung des Angebots über die Vergabepattform Berlin sowie die Kontaktdaten zum technischen Support finden Sie im Dokument „Teilnahmebedingungen bei elektronischen Vergabeverfahren über die Vergabepattform (IV_2121)“.

Auskünfte erteilt die Kontaktstelle. Alle Fragen, die mit der Ausschreibung im Zusammenhang stehen, sind über die Vergabepattform an die auftragserteilende Stelle zu richten. Dies betrifft auch nach Auffassung der Bewerbenden enthaltene Unklarheiten in den Vergabeunterlagen. Fragen können zum durch die auftragserteilende Stelle bestimmten Termin gestellt werden, um die Beantwortung in ausreichendem Abstand zur Angebotsfrist sicherzustellen.

3.14 Gesamtkostenkalkulation

Der/die Bewerbende hat mit der Erstellung des Angebots eine Gesamtkostenkalkulation vorzunehmen. Diese soll sämtliche Leistungsbausteine beinhalten.

Im Angebotsteil zur Gesamtkostenkalkulation sind für die einzelnen Bausteine bzw. Teilleistungen und nach Personaleinsatz aufgeschlüsselt der Zeitaufwand mit den Honoraren darzustellen. Die Stundensätze für Projektleitung, fachlich qualifizierte Mitarbeit und sonstige Mitarbeit sind im Angebot zwingend anzugeben. Sachkosten sind gesondert auszuweisen.

Die beigelegte Gesamtkostenkalkulation kann als Vorlage dienen.

Zusätzliche aus fachlicher Sicht erforderliche Leistungsbausteine können als optionale Leistungsbausteine ergänzt werden.

Dem Angebot ist Folgendes beizufügen:

- a. Kurzbeschreibung Aufgabenverständnis, konzeptionelle Herangehensweise und Zeitplanung für die allgemeine Projektdurchführung
- b. Benennung der personellen Kapazitäten und vorgesehenen Bearbeiter:innen
- c. Referenzen für vergleichbare Projekte, max. drei Referenzen
- d. Gesamtkostenkalkulation
- e. Nachweis der Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung

Es wird darauf hingewiesen, dass diese beizufügenden Unterlagen (a. bis e.) zugleich Gegenstand der Zuschlagskriterien sind.

Hinsichtlich Punkt b. sind die benannten Kapazitäten für die voraussichtliche Zeit der Leistungserbringung sicherzustellen. Sofern sich das Aufgabenprofil während des Beauftragungszeitraums aufgrund verfahrensbedingter Gründe signifikant ändert, stimmen AN und AG sich hierzu frühzeitig im Rahmen des noch abzuschließenden Vertrages ab.

Zu Punkt c. ist darauf hinzuweisen, dass in die Bewertung nur die Referenzen einfließen, die dem Angebot beigelegt sind. Auf eine Nachvollziehbarkeit der Referenzen ist zu achten. Verweise auf externe Referenzen, z. B. im Internet, werden bei der Auswertung der Angebote nicht berücksichtigt.

Für Punkt d. hat der/die Bietende die Stundenverteilung sowie die Kosten entsprechend der Leistungsbeschreibung als Gesamtkostenkalkulation vorzunehmen. Die Stundensätze für Projektleitende, fachlich qualifizierte Mitarbeitende und sonstigen Mitarbeitende sind mit Angebotsabgabe zwingend anzugeben. Eine Pauschalierung von Berechnungshonoraren ist aus haushaltstechnischen Gründen nicht zulässig.

Dem Angebot ist außerdem eine Bescheinigung der Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung beizulegen (Punkt e.).

4. ZUSCHLAGSKRITERIEN

4.1 Bewertungsmatrix

Für die Wertung der Angebote werden die nachfolgenden gewichteten Kriterien herangezogen:

Zuschlags-/ Bewertungskriterien	Gewichtung in %
Formale Ausschreibungskriterien	Nichterfüllung führt zum Ausschluss
Einhaltung der Angebotsfrist, Vollständigkeit der Unterlagen	
Qualität / Fachliche Befähigung	60
Qualität des Angebots	30

Aufgabenverständnis / Reflexion der Aufgabenstellung	20
methodische & konzeptionelle Herangehensweise	10
Fachliche Qualifikation und Referenzen der Bearbeitenden	20
Zeit- und Arbeitsaufwand	10
Zeitplan und Stundenverteilung auf Personal	5
Angebotene Arbeitsstunden	5
Preis	40
Gesamtsumme	30
Stundensätze	10
GESAMT	100

Je Kriterium können max. 5 Punkte (1 = sehr schlecht bzw. überzeugt überhaupt nicht; 5 = sehr gut bzw. überzeugt vollständig) vergeben werden.

Die am Vergabeverfahren beteiligten Bieter:innen werden über die beabsichtigte Erteilung/Nicht-Erteilung des Zuschlages gemäß § 46 Abs. 1 UVgO informiert.

4.2. Bewertung Preis

Die **Gesamtsumme** wird durch einseitige lineare Interpolation mit der 2-fach niedrigsten Gesamtsumme bewertet. Die einseitige lineare Interpolation zur Ermittlung der Punktzahl erfolgt gemäß folgender Formel:

$$\text{Punktzahl} = \text{maximale Punktzahl} \times \frac{(2 \times \text{niedrigste Gesamtsumme} - \text{angebotene Gesamtsumme})}{\text{niedrigste Gesamtsumme}}$$

Eine **Gesamtsumme**, die über dem zweifachen der Gesamtsumme des niedrigsten Angebotspreises liegt, erhält ebenfalls null Punkte. Minuspunkte werden nicht vergeben.

Die Bewertung der **Stundensätze** wird ebenfalls durch die einseitige lineare Interpolation mit dem 2-fach niedrigsten Stundensatz bewertet. Die einseitige lineare Interpolation zur Ermittlung der Punktzahl erfolgt gemäß folgender Formel:

$$\text{Punktzahl} = \text{maximale Punktzahl} \times \frac{(2 \times \text{niedrigster Stundensatz} - \text{angebotener Stundensatz})}{\text{niedrigster Stundensatz}}$$

5. WEITERE INFORMATIONEN

5.1 Leistungen der ausschreibenden Stelle

Insbesondere folgende Unterlagen und Informationen liegen bereits vor und werden von der Auftraggeberin (SenStadt – Referat II W) zur Verfügung gestellt:

- Planungsgrundlagen
 - Vorhandene Planungen, Studien und Konzepte (pdf)
 - ALKIS-Grundlage (dwg/dxf)

Diese Arbeiten / Beiträge sind im Rahmen der Angebotserstellung zu berücksichtigen.

5.2 Rücknahme von Angeboten

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote über die Vergabeplattform Berlin zurückgenommen werden.

5.3 Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote

Die Ausloberin unterrichtet alle Bewerber / -innen über die erfolgte Zuschlagserteilung. Es gelten die Bestimmungen der UVgO.

5.4 Wettbewerbsbeschränkende Angebote

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) führen zum Ausschluss des Angebotes. Werden diese erst nach Auftragserteilung bekannt, berechtigen sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages.

5.5 Datenschutz

Die Bewerber erklären sich damit einverstanden, dass die von ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können. Das Dokument „Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren (Art. 13 DSGVO)“ dient der Erfüllung der Informationspflicht bei Erhebung personenbezogener Daten bei den betroffenen Personen. Die Bewerber sind gehalten, diese Information den betroffenen Personen, deren Daten sie im Rahmen des Vergabeverfahrens weitergeben (z. B. eigene Mitarbeiter, benannte Ansprechpartner bei Referenzgebern), zuzuleiten. Die gesetzlichen Vorgaben der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG), des Berliner Datenschutzgesetzes (BlnDSG) und die allgemeinen Vertragsbestimmungen für Verträge des Referates II W über freiberufliche Leistungen, die keinen Baubezug haben (AVB II W), sind in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

5.6 Hinweise zu Bieter- bzw. Bergwerksgemeinschaften

Bei Bieter- bzw. Bergwerksgemeinschaften, die sich im Auftragsfall zusammenschließen wollen, sind die Mitglieder der Gemeinschaft sowie das federführende Unternehmen mit dem Angebot zu benennen. Mit dem Angebot ist von allen Gemeinschaftsmitgliedern eine unterschriebene Erklärung in Textform abzugeben, dass das federführende Unternehmen als bevollmächtigter Vertreter oder bevollmächtigte Vertreterin die im Verzeichnis aufgeführten Gemeinschaftsmitglieder gegenüber der Auftraggeberin vertritt und insbesondere berechtigt ist, mit Wirkung für jedes Mitglied ohne Einschränkungen Zahlungen anzunehmen, sowie dass jedes Gemeinschaftsmitglied für die vertragsmäßige Ausführung der Leistung als Gesamtschuldner

haftet. Angebote von Bieter- bzw. Bewerbergemeinschaften, die sich erst nach Aufforderung zur Abgabe eines Angebots gebildet haben, sind nicht zugelassen.

Alle Mitglieder der Bieter-/Bewerbergemeinschaft sind verpflichtet, die geforderten Unterlagen, Erklärungen, Nachweise und Kenntnisse zu erbringen.

5.7 Hinweise zu Unteraufträgen bzw. Eignungsleihe

Beabsichtigt ein Bewerber oder eine Bewerberin einzelne Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich der erforderlichen wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und/oder beruflichen Leistungsfähigkeit von anderen Unternehmen bedient, sind die entsprechenden Teilleistungen bzw. Kapazitäten der Leistungsfähigkeit anzugeben. Die Bewerbenden haben nachzuweisen, dass die Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit von anderen Unternehmen zur Verfügung stehen.

Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften. In diesem Fall ist die Haftungserklärung gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung zur Unterauftragsvergabe und Eignungsleihe“ (IV_125F) abzugeben.

6. Anlagen

- | | |
|-----------------|---|
| Anlage 1 | Übersichtskarte Untersuchungsraum Erschließung / Planungsgebiete |
| Anlage 2 | Planungsgebiet Entwicklungsziele |
| Anlage 3 | Allgemeine Vertragsbestimmungen SenStadt II W (AVB II W) |
| Anlage 4 | Excel-Vorlage zur Honorarkalkulation |